

Bad Herrenalb

Bürgermeister hat volles Verständnis

Von Markus Kugel Bad Herrenalb. (Auszug aus „Schwarzwälder Bote“) 17.09.2010

Im ZDF-Magazin "Länderspiegel" kommt heute auch Bad Herrenalb vor. Allerdings freut sich darüber Bürgermeister Norbert Mai ganz und gar nicht. Schließlich wird der Beitrag unter "Hammer der Woche" ausgestrahlt. Der Schultes bedauert außerordentlich, dass die Stadt in ein schlechtes Licht gerückt wird. In der Vorschau auf die Sendung – das ZDF drehte in Bernbach – heißt es unter "Hammer der Woche": "Die Gemeinde Bad Herrenalb im Schwarzwald hat es über Jahrzehnte nicht so genau genommen mit den Zahlungen und der Buchhaltung. So wurden die Abrechnungen über die Hausanschlusskosten in der Gemeinde nur sehr lückenhaft eingetrieben und gesammelt. Jetzt braucht die Gemeinde dringend Geld und macht sich daran, mehr als 30 Jahre alte Gebühren einzufordern. Da die Verwaltung jedoch wegen der schlampigen Dokumentation in den eigenen Akten nicht nachweisen kann, wer die Anschlusskosten gezahlt hat und wer nicht, hat sie die Beweislast einfach umgedreht. Wer also die alten Zahlungsbelege noch zu Hause findet, ist fein raus, alle anderen sollen die Anschlusskosten jetzt bezahlen. Die Bürger sind empört."

Lange Zeit wurde das Thema Aufarbeitung des Beitragswesens im Rathaus ignoriert: Die Bad Herrenalber Stadtverwaltung bietet jetzt den Bürgern eine "Beratungshotline" an, auch kann ein Gespräch vereinbart werden.

In der Gemeinderatssitzung vor der Sommerpause teilte Bürgermeister Mai mit, dass seit einiger Zeit ein Fachbüro beauftragt worden sei, das Beitragswesen aufzuarbeiten. Wie berichtet gab es bei der Erhebung von Anschlussbeiträgen während der vergangenen Jahrzehnte Defizite. Und weil in Bernbach angefangen wurde, Betroffene anzuschreiben, regte sich hier auch Widerstand. Übrigens: Mit Anschlussbeiträgen müssen sich Grundstückseigentümer an den Kosten für die Herstellung der Anlagen zur Wasserversorgung, Abwasserableitung und Abwasserbehandlung beteiligen.

Wie gestern der Rathauschef im Gespräch mit dem Schwarzwälder Boten deutlich machte, habe er volles Verständnis für die Bürger, die sich aufregten, einen Nachweis bringen zu müssen. Aber das sei die aktuelle Rechtsprechung. Er könne beim besten Willen nicht nachvollziehen, warum im Rathaus keine entsprechenden Unterlagen vorliegen.

Norbert Mai, der 2004 sein Amt antrat, sagte, er habe relativ früh festgestellt, dass mit dem Beitragswesen etwas nicht in Ordnung ist – obwohl "niemand etwas gesagt hat". 2005 wurde ein Mitarbeiter auf einen Lehrgang geschickt, um sich der Sache annehmen zu können. Dieser ist aber relativ schnell an seine Grenzen gestoßen, da in manchen Fällen gar keine Unterlagen vorlagen. Daraufhin, so der Bürgermeister, gab es eine Projektgruppe – jedes Amt war integriert. Allerdings stellte sich heraus: Intern kommt man nicht weiter. Galt es doch, viele rechtliche Fragen zu klären. Mai bemerkte: So sei es leider nichts damit geworden, auf "leisen Sohlen" innerhalb der Stadtverwaltung die Angelegenheit zu erledigen. Der Gemeinderat habe sodann den Beschluss gefasst, ein Büro (Kommunalberatungsgesellschaft, der Leiter ist Rechtsanwalt) zu beauftragen. Nebenbei: 2006 wurde eine Globalberechnung (Voraussetzung für rechtsgültige Abwasser- und Wasserversorgungssatzung) in Auftrag gegeben, zu dieser sagte der Gemeinderat 2007 Ja.

Die Aufarbeitung des Anschlussbeitragswesens sei gesetzliche Pflicht, informierte das Stadtoberhaupt. Es handle sich um eine Einmalzahlung – schon allein wegen des Gleichheitsgrundsatzes könne man jetzt nicht darauf verzichten, Beiträge zu erheben.

Geprüft werde rückwirkend bis 1964. Schon in den 1980er-Jahren habe die Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg darauf hingewiesen, das Beitragswesen zu überarbeiten. Seit Jahrzehnten gebe es eine unzureichende Aktenführung.

Im Übrigen machte der Bürgermeister darauf aufmerksam, dass die Vorgehensweise eng mit dem Gemeinderat und den Ortsvorstehern abgesprochen worden sei.

"Ich kann nichts dafür", stellte der Schultes fest. Er müsse sich nicht rechtfertigen. Man gehe die Sache an, denn es sei nicht fair und ehrlich, den Misstand weiter hinauszuschieben. Zudem wolle die gpa endlich mal ein Ergebnis sehen.

Mit dem Versenden der Informations-Schreiben wurde – nach dem Alphabet – in Bernbach begonnen. Ob der gemachten Erfahrungen könnten allerdings Neusatz, Rotensol und Herrenalb zusammen abgewickelt werden. Hierbei bedankte sich der Schultes ausdrücklich für die Mitarbeit der betroffenen Grundstückseigentümer (380 wurden in Bernbach angeschrieben), habe man doch einen enormen Rücklauf verzeichnet. Mitte des nächsten Jahres sollte, so seine Einschätzung, die Angelegenheit aufgearbeitet sein.

"Wir tun alles", um auszuschließen, dass jemand doppelt bezahlen müsse. Jedes Indiz werde genutzt. Die Bürger sollten auf jeden Fall ihre Unterlagen zur Verfügung stellen – unter Umständen könne dies auch hilfreich für andere sein.

Hätten Betroffene und Verwaltung keine Dokumente, heiße dies noch lange nicht, dass keine Zahlung erfolgt sei. Dann gebe es eine Einzelfallprüfung. Werde ein Beitrag erhoben, richte sich dieser nach der Grundstücksgröße und der Art der Nutzung. Wobei Mai daran erinnert, dass man eine moderate Zahlungsweise vereinbaren kann.

Bad Herrenalb Info-Schreiben kommen Mitte Januar 21.12.2010 („Schwarzwälder Bote“)

In seinem Weihnachts- und Neujahrsgruß geht der Bad Herrenalber Bürgermeister ausführlich auf die Aufarbeitung des Beitragswesens ein. Mit dem Thema werde man sich auch noch 2011 beschäftigen. Schultes Norbert Mai sichert eine "ordentliche und gesetzeskonforme Aufarbeitung der Anschlussbeiträge" zu.

Am 18. September berichtete gar das ZDF-Magazin "Länderspiegel" von Schlamperei im Rathaus. Wasserversorgungs-, Kanal- und Klärbeitrag – bekanntlich sorgten die Info-Schreiben für massive Resonanz in Bernbach. Dort bekamen circa 1000 Grundstückseigentümer im August Post ins Haus.

In der Gemeinderatssitzung vor der Sommerpause teilte Bürgermeister Mai mit, dass seit einiger Zeit ein Fachbüro beauftragt worden sei, das Beitragswesen aufzuarbeiten. Wie berichtet gab es bei der Erhebung von Anschlussbeiträgen während der vergangenen Jahrzehnte Defizite. Und weil in Bernbach angefangen wurde, Betroffene anzuschreiben, regte sich hier auch Widerstand. Übrigens: Beim sehr emotional geführten Punkt "Einwohnerfragen" in der Gemeinderatssitzung vom 22. September meinte der Schultes nach einer heftigen Wortmeldung eines Bürgers: "Mag sein, dass das Informationsschreiben etwas missverständlich ist."

Wie der Rathauschef im Gespräch mit dem Schwarzwälder Boten ein paar Tage zuvor deutlich machte, habe er volles Verständnis für die Bürger, die sich aufregten, einen Nachweis bringen zu müssen. Aber das sei die aktuelle Rechtsprechung. Er könne beim besten Willen nicht nachvollziehen, warum im Rathaus keine entsprechenden Unterlagen vorliegen.

Norbert Mai, der 2004 sein Amt antrat, sagte, er habe relativ früh festgestellt, dass mit dem Beitragswesen etwas nicht in Ordnung ist – obwohl "niemand etwas gesagt hat". 2005 wurde eine Mitarbeiterin auf einen Lehrgang geschickt, um sich der Sache annehmen zu können. Diese ist aber relativ schnell an ihre Grenzen gestoßen, da in manchen Fällen gar keine Unterlagen vorlagen. Daraufhin, so der Bürgermeister, gab es eine Projektgruppe – jedes Amt war integriert. Allerdings stellte sich heraus: Intern kommt man nicht weiter. Galt es doch, viele rechtliche Fragen zu klären. Mai bemerkte: So sei es leider nichts damit geworden, auf "leisen Sohlen" innerhalb der Stadtverwaltung die Angelegenheit zu erledigen. Der Gemeinderat habe sodann den Beschluss gefasst, ein Büro (Kommunalberatungsgesellschaft, der Leiter ist Rechtsanwalt) zu beauftragen. Die Aufarbeitung des Anschlussbeitragswesens sei gesetzliche Pflicht, informierte Mai. **Gepprüft werde rückwirkend bis 1964.** Schon in den 1980er-Jahren habe die Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg (gpa) darauf hingewiesen, das Beitragswesen zu überarbeiten. Seit Jahrzehnten gebe es eine unzureichende Aktenführung.

Wie im Weihnachts- und Neujahrsgruß das Stadtoberhaupt nun ausführt, "sollte mit dem Informationsschreiben die Möglichkeit gegeben werden, zu der beabsichtigten Beitragserhebung Stellung zu nehmen". Davon hätten etliche Bürger – nicht nur aus Bernbach – Gebrauch gemacht, was die rege Teilnahme an der Beratungswoche Ende August, die vielen Anrufe bei der extra eingerichteten Beratungshotline und "viele schriftliche Reaktionen" beweisen würden.

Nach der Auswertung der Rückmeldungen habe sich die Verwaltung in Abstimmung mit dem Landratsamt Calw und der gpa entschlossen, bestimmte Fälle auch ohne ausreichende Unterlagen so zu bewerten, dass für diese Grundstücke einzelne oder alle Anschlussbeiträge nicht mehr bezahlt werden müssten. Weiter teilt der Schultes mit: "Hierüber haben wir die betreffenden Grundstückseigentümer informiert – Mitte November zunächst diejenigen, die aufgrund ihrer Reaktion auf die Informationsschreiben durch die Übergabe von Unterlagen nachweisen konnten, dass für ihr Grundstück früher bereits einzelne oder alle Anschlussbeiträge erhoben worden waren, und mit Schreiben vom 6. Dezember 2010 die Grundstückseigentümer, die aufgrund der Abstimmung mit dem Landratsamt oder der gpa nicht mehr mit einer Beitragserhebung rechnen müssen."

Zusammen mit den Rückmeldungen auf die Info-Schreiben habe es viel Kritik gegeben – hauptsächlich im Hinblick auf die Bearbeitung in den vergangenen Jahrzehnten durch die frühere Verwaltung, deren Aufarbeitung bei den Betroffenen nun viel verständlichen Unmut mit sich bringe. Aber auch hinsichtlich der Verfahrensweise, ortsteilweise vorzugehen und zunächst nur die Bernbacher Bürger anzuschreiben. Daher würden jetzt die verbleibenden Info-Schreiben an die Grundstückseigentümer in den Ortsteilen Neuatz und Rotensol sowie in der Stadt Bad Herrenalb selbst gemeinsam Mitte Januar versandt.

Bad Herrenalb von *Schwarzwälder-Bote* 05.06.2011

Bernbacher Bürger lassen sich vom Anwalt beraten und denken an den Kindergarten

250 Euro haben jetzt Sieglinde Knobloch und Rolf Kuhfeld dem Kindergarten von Bernbach übergeben. Das Geld stammt von einer Bürgerinitiative gegen ihrer Meinung nach unberechtigte Forderungen der Stadt im Zusammenhang mit Wasser- und Kanalschlussgebühren (Aufarbeitung des Beitragswesens). Die Bürger hatten Geld gesammelt, um sich anwaltlich beraten zu lassen. Davon blieben 250 Euro übrig. Auch wenn der seit August 2010 laufende Vorgang für einige Betroffene noch immer nicht abgeschlossen ist, wurde jetzt der Rest des Geldes für die musikalische Früherziehung der Kinder in Bernbach gespendet.